



Beschluss der Bundeskonferenz 2024

Humane Asylpolitik und entschiedene Kante gegen rechte Ideologien JETZT!

In einem Landhotel nahe Potsdam versammelten sich am 25.11.2023 gut zwei Dutzend Menschen, darunter Mitglieder der AfD, der Identitären Bewegung, Burschenschaften, sowie Vertreter*innen des Bürgertums, des Mittelstands, Jurist*innen, Politiker*innen, Unternehmer*innen und Ärzt*innen. Unter den Teilnehmer*innen waren auch zwei Mitglieder der CDU, die zur Werteunion gehören. Auch die Mit-Betreiberin des Hotels wird in einem kürzlich veröffentlichten Porträt als Verbindung zu rechten Szene beschrieben. Der Termin wurde von zwei Männern organisiert: Gernot Mörig, ein langjähriges Mitglied der rechtsextremen Szene, und Hans-Christian Limmer. Kernthema dieses Treffens war der rechtsextreme und menschenfeindliche Plan einer sogenannten „Remigration“. Ein beschönigendes Wort für eine geplante Zwangsdeportation von Millionen Menschen.

Die Asylpolitik eines Landes muss im Einklang mit internationalen Menschenrechtsstandards und den nationalen Gesetzen stehen. „Remigration“ ist ein Begriff, der oft von rechten oder nationalistischen Gruppen verwendet wird und sich auf die Rückführung von Einwanderern oder Geflüchteten in ihre Herkunftsländer bezieht. Allerdings ist eine Rückführung von Personen in ihre Herkunftsländer oft komplex und muss im Einklang mit internationalen Gesetzen und Verpflichtungen erfolgen, insbesondere dem Recht auf Asyl und dem Verbot von Folter oder unmenschlicher Behandlung. Die deutsche Asylpolitik sieht Rückführungsmaßnahmen für Personen vor, deren Asylantrag abgelehnt wurde und die kein Bleiberecht haben. Diese Rückführungen müssen jedoch im Rahmen eines rechtsstaatlichen Verfahrens und unter Berücksichtigung individueller Umstände und Schutzbedürfnisse erfolgen. Es ist wichtig, dass Maßnahmen im Bereich der Asylpolitik rechtsstaatlich, transparent und humanitär durchgeführt werden und dass die Rechte und Würde der betroffenen Personen respektiert werden.

Rechtsruck in Deutschland

In den letzten Jahren haben wir in Deutschland einen besorgniserregenden Rechtsruck in der politischen Landschaft erlebt. Diese Entwicklung geht einher mit einer zunehmenden Ablehnung von Migrant*innen und Geflüchteten sowie einer Verschärfung der Asylgesetze. Die Bundesregierung zeigt dabei deutlich, dass sie sich von rechten Narrativen unter Druck setzen lässt, anstatt deutlich gegen menschenfeindliche Ideologien zu agieren. Mit dem Zitat von Bundeskanzler Olaf Scholz: „Wir müssen endlich im großen Stil abschieben“, welches der „Spiegel“ im Oktober 2023 abdruckte, kündigte er bereits den Trend zu einer strengen Asylpolitik an.

Das sogenannte „Rückführungsverbesserungsgesetz“, welches im Januar 2024 verabschiedet wurde, forciert nun eine verschärfte Abschiebepolitik. Dieses Gesetz soll ermöglichen, dass Abschiebungen schneller sowie einfacher und somit in höherer Zahl stattfinden können. Das geschieht unter anderem mit folgenden Änderungen und Maßnahmen:

- 1) Eine Erweiterung/Verlängerung der Abschiebehaft. Zum Beispiel kann die Abschiebehaft angeordnet werden, wenn eine Person ihre Identität verschleiert oder falsche Angaben macht. Außerdem wird die Dauer des Ausreisegewahrsams von vorher 10 auf 28 Tage verlängert, um das „erfolgreiche“ Durchführen des Abschiebungsprozesses sicherzustellen.
- 2) Schnellere Asylverfahren. Dadurch sollen Entscheidungen zur Abschiebung schneller getroffen werden.
- 3) Vermehrte Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitländern in Form von Rückübernahmeabkommen.
- 4) Wenig Anreize für Asylbewerber*innen schaffen, bleiben zu wollen und Anreize schaffen für „freiwillige Ausreisen“. Konsequenz bei einer „freiwilligen Ausreise“ kann zum Beispiel eine Wiedereinreisesperre sein.
- 5) Stärkere Inanspruchnahme von Duldungen. Dies soll dazu beitragen, dass die Ausreisepflichtigen beobachtet werden können, keine Gelegenheit zum „Untertauchen“ haben und gegebenenfalls im Nachhinein schneller und einfacher abgeschoben werden können.

Das „Rückführungsverbesserungsgesetz“ ist aufgrund verschiedener Aspekte zu kritisieren. Das Gesetz geht zu wenig auf individuelle Schutzbedürfnisse ein, was die Gefahr birgt, dass Personen in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden, obwohl sie dort Verfolgung und/oder Lebensgefahr ausgesetzt sind. Ebenso ist die Überprüfung der Sicherheit und Zumutbarkeit der Rückkehr unzureichend, was die Risiken für Betroffene betrifft. Das führt zu einer Einschränkung der Rechte abgelehnter Asylbewerber*innen und fördert ein undurchsichtiges und rechtsstaatlich fragwürdiges Abschiebesystem, welches zu mehr Willkür und Missbrauch führt. Die Ausweitung der Abschiebehaft ist unverhältnismäßig, außerdem stellt es eine Gefährdung für die (mentale) Gesundheit dar und kann somit als menschenunwürdig kritisiert werden. Hinzu kommt die oftmals traumatische Trennung von Familien durch Abschiebungen und verlängerte Haft. Zudem wird zu wenig Wert auf Inklusion und Unterstützung während des Aufenthalts gelegt, was dazu führt, dass durch den aufgebauten (Leidens)Druck Menschen dazu gezwungen sind, in ihre Herkunftsländer und somit in bedrohliche Situationen zurückzukehren. Diese Kritikpunkte stellen wichtige Fragen hinsichtlich der Wahrung grundlegender Menschenrechte und einer fairen und humanen Asylpolitik dar, die adressiert werden müssen.

Asylpolitik und Migrationspolitik in Deutschland muss reformiert werden

Die Asyl- und Migrationspolitik in Deutschland ist veraltet und gilt es in keinem Fall zu verschärfen, sondern sie humaner zu gestalten und an die Lebensrealitäten der betroffenen Menschen anzupassen. Die Menschenrechte und damit einhergehend beispielsweise die (mentale) Gesundheit und somit körperliche und geistige Unversehrtheit müssen an erster Stelle stehen.

Folgende Aspekte gilt es unter anderem zu reformieren:

- 1) Die Modernisierung des Aufenthalts- und Staatsangehörigkeitsrechts: Das aktuelle System passt nicht zu den Lebensrealitäten vieler junger Menschen in Deutschland, die hier geboren sind oder einen Großteil ihres Lebens hier verbracht haben. Zudem leben junge Drittstaatsangehörige oft in Unsicherheit aufgrund fehlender Aufenthaltsrechte und Staatsbürgerschaft. Der Weg zu einem gesicherten Aufenthaltsstatus und einer schnellen Einbürgerung muss erleichtert werden und die rechtlichen Grundlagen müssen entsprechend reformiert und modernisiert werden.
- 2) Eine Bekämpfung struktureller Diskriminierung und die Förderung sozial-ökonomischer Teilhabe: Das bedeutet, dass Inklusion statt Integration stattfinden muss. Die Teilhabe an Bildung, Ausbildung,

Arbeit, Gesundheitsversorgung und anderen Lebensbereichen muss Migrant*innen und Geflüchteten ermöglicht werden und darf nicht mehr erschwert werden.

3) Das Umsetzen von wirksamen Antidiskriminierungsgesetzen: Es ist dringend erforderlich, dass wirksame Antidiskriminierungsgesetze auf allen politischen Ebenen vorhanden sind und konsequent von staatlichen Institutionen und der Privatwirtschaft umgesetzt werden. Bei Bedarf sollten diese Gesetze schnell überarbeitet werden. Es muss politisch gewährleistet sein, dass junge Menschen in Deutschland ihr Recht auf Schutz vor Diskriminierung effektiv einfordern können, um ihre volle Teilhabe zu ermöglichen.

Auswirkungen Rechtsruck Europa und Deutschland

In weiten Teilen Europas und so auch in Deutschland hat es in den letzten Jahren einen spürbaren Rechtsruck gegeben, der sich in verschiedenen Bereichen manifestiert hat. Eine zentrale Rolle spielt dabei die politische Landschaft, wo rechtspopulistische Parteien wie die Alternative für Deutschland (AfD) an Einfluss gewonnen haben. Die AfD hat sich insbesondere auf Themen wie Einwanderung, Asylpolitik und die Ablehnung der EU fokussiert. Ihre Rhetorik ist überwiegend nationalistisch und menschenfeindlich.

Dieser Rechtsruck hat Auswirkungen auf den gesellschaftlichen Diskurs in Deutschland. Es gibt vermehrt eine offene Debatte über Themen wie nationale Identität oder Einwanderung. Einige Gruppen und Bewegungen haben sich gebildet, die eine restriktivere Einwanderungspolitik und eine stärkere Betonung nationaler Interessen fordern. Ein Beispiel von fatalen Folgen dieser Politik sind aktuell die Abschiebungen von Êzid*innen in den Irak. Diese sind besonders alarmierend, da sie dort als bedrohte Minderheit weiterhin Verfolgung und Diskriminierung ausgesetzt sind. Die Abschiebung in ein unsicheres Umfeld stellt eine Verletzung des Prinzips des Non-Refoulement dar, welches die Ausweisung/Abschiebung von Personen in lebensbedrohliche und menschenrechtsverletzende Situationen wie beispielsweise Verfolgung und Folter untersagt.

Darüber hinaus gibt es einen Anstieg rechtsextremer Gewalttaten und eine Zunahme von rassistischen Übergriffen. Dies hat zu wachsender Besorgnis über die Verbreitung von rechtsextremen Ideologien und der Sicherheit von Minderheiten in Deutschland geführt. Gleichzeitig gibt es in Deutschland auch eine aktive Zivilgesellschaft und politische Kräfte, die sich gegen den Rechtsruck engagieren. Es gibt zahlreiche Initiativen, die für Anti-Rassismus, Toleranz, Vielfalt und Demokratie eintreten und sich gegen rechtsextreme Ideologien und Gewalttaten stellen.

Europaweit ist ein Aufschwung von rechtspopulistischen bis hin zu rechtsextremistischen Parteien zu verzeichnen. Auch in den Regierungen sitzen zum Teil rechte Parteien an der Spitze. Beispiele dafür sind unter anderem Italien mit der Neo-Faschistin und Ministerpräsidentin Georgia Meloni (Fratelli d'Italia) und Ungarn mit Ministerpräsident Viktor Orbán (Fidesz). Das wirkt sich fatal auf die Gesellschaften aus. Zum Beispiel kommt es zu einer Einschränkung der Pressefreiheit. In Ungarn kontrolliert die Regierung unter Orbán beispielsweise die Medien und ist bestrebt, unabhängige Berichterstattung zu unterdrücken. Außerdem wird ein starker Nationalismus gefördert und eine Ablehnung von Migrant*innen und Minderheiten. Die rechten Regierungen in Ländern wie Italien und Ungarn haben außerdem eine kritische Haltung gegenüber der Europäischen Union eingenommen und versuchen, ihre Souveränität zu stärken. Auch auf die Wirtschaft hat die rechte Politik nicht selten einen negativen Effekt, da sie oft protektionistische Maßnahmen ergreifen und internationale Handelsabkommen ablehnen.

Die Asylpolitik in Italien und Ungarn unter rechten Regierungen hat sich in den letzten Jahren stark verändert und ist geprägt von restriktiven Maßnahmen und einer Ablehnung von Geflüchteten und Migrant*innen. Es wird eine harte Asylpolitik verfolgt mit dem Ziel, die Zahl der Asylbewerber*innen zu begrenzen. Dazu zählt unter anderem, dass Maßnahmen ergriffen werden, um die Seenotrettung im Mittelmeer zu behindern und Non-Governmental-Organisations (Nichtregierungsorganisationen) zu kriminalisieren, die flüchtende Menschen aus Seenot retten. Außerdem wurden Flüchtlingslager errichtet mit inhumanen Lebensbedingungen und es wurden Gesetze erlassen, die es ermöglichen Geflüchtete an der Grenze festzuhalten und abzuschieben, ohne Chance/Recht auf ein faires Asylverfahren.

Die restriktive Asylpolitik in europäischen Ländern mit rechter Regierung wie Italien und Ungarn führt zu zunehmender Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Diskriminierungen gegenüber geflüchteten und migrantischen Menschen, aber auch anderen Gruppen, die von Diskriminierung betroffen sind, wie beispielsweise queeren Menschen. Darüber hinaus schwächt diese rechte Politik die EU als solidarische Gemeinschaft und beeinträchtigt die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten.

Insgesamt bleibt der Rechtsruck in Deutschland eine herausfordernde Entwicklung, die die politische Landschaft und den gesellschaftlichen Diskurs prägt und eine Bedrohung für die Demokratie und den sozialen Zusammenhalt darstellt. Wir verurteilen entschieden jegliche Form von rassistischen und fremdenfeindlichen Ideologien sowie rechtsextremen Tendenzen. Diese Ideen sind nicht mit den Grundwerten unserer demokratischen Gesellschaft vereinbar und widersprechen den universellen Menschenrechten.

Deshalb fordern wir Folgendes:

- Wir erkennen an, dass Flucht aufgrund von politischen Problemlagen, Klimawandel und vielen anderen Faktoren uns auch in Zukunft weiterhin beschäftigen wird. Ein menschenrechtswürdiger Umgang muss dabei stets im Fokus stehen. Wir fordern daher das Recht auf Schutz und Asyl und einen Abschiebestopp für alle Menschen, die von Krieg, Verfolgung, Armut, instabilen politischen Lagen, Klimakrisen oder anderen lebensbedrohlichen Umständen im Herkunftsland bedroht sind. Das bedeutet auch einen sofortigen Abschiebestopp von Êzid*innen!
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Migrations- und Asylpolitik auf der Basis von Solidarität, Humanität und internationalen Menschenrechtsstandards gestaltet wird. Dies beinhaltet die Unterstützung von Geflüchteten und Migrant*innen bei der Inklusion in unsere Gesellschaft sowie beispielsweise die Bereitstellung von angemessenen Unterkünften, Bildung, Gesundheitsversorgung und Arbeitsmöglichkeiten sowie eine Reformation des Aufenthalts- und Staatsangehörigkeitsrechts.
- Wir fordern, dass die Würde und Rechte aller Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, Religion oder ethnischen Zugehörigkeit respektiert und geschützt werden.
- Wir verurteilen jegliche Form von Diskriminierung, Ausgrenzung oder Gewalt gegen Migrant*innen und Geflüchtete und fordern für diese eine gleichberechtigte Teilhabe an unserer Gesellschaft.
- Wir verpflichten uns dazu, aktiv gegen rechte Ideologien vorzugehen und unsere Stimme gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus zu erheben. Wir setzen uns weiterhin für eine offene und tolerante Gesellschaft ein, in der Vielfalt und Solidarität gelebt werden.

- Das Einbringen von rechtsextremen Inhalten soll und darf keinen Platz in der Politik finden. Wir fordern ein AfD Verbot! Parteien mit rechtsextremistischen Inhalten und rechtsextremen Mitgliedern dürfen nicht Teil unserer Regierung sein/ werden. Das widerspricht unserer demokratischen Grundordnung.
- Wir fordern eine menschenwürdige und humane Asylpolitik, die auf den Grundsätzen der Solidarität, des Schutzes von Menschenrechten und der Nichtdiskriminierung basiert, indem die gesetzlich verankerten Rechte der Asylantragsteller*innen konsequenter gewahrt werden. Die Rechte und Bedürfnisse von Migrant*innen und Geflüchteten müssen im Zentrum jeder politischen Entscheidung stehen.
- Wir fordern eine inklusive Bleiberechtsregelung für (langzeit-) geduldete Menschen und menschenwürdige Chancen sowie Aufenthalts- und Arbeitsrecht. Wir fordern die Aufhebung jeglicher Entscheidungen, die Menschen mit Flucht- und Migrationserfahrung in die Illegalität rücken, z.B. im Bereich der Lohnarbeit.